

Arbeiterstimme

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abzugspreis: bis maximal gelappte Korrespondenz oder deren
Numm. 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Adressliste (anfalls
an den dreißigsten Teil eines Tages) 1,50 RM. Anzeigenannahme nur
wochentags von 9 Uhr an in der Geschäftsstelle Dresden-K., Schillerstraße 5

Abzugspreis: bei dem monatlich 2,50 RM (abwärts im Voraus), durch
die Post 2,20 RM (ohne Zustellgebühr). Bei „Arbeiterstimme“ erlischt die
Post, außer an Sonntagen und Feiertagen. Im Falle höherer Umsatzes bleibt kein
Rückhalt auf Verlangen der Zeitung auch auf Durchführung des Abzugsvorganges

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K., Schillerstraße 5 und
Koselitz: Osterbergstraße 2, Telefon 17 250. Vertriebsstelle: Dresden 15 000.
Überzahlungen: Montags 16-18 Uhr abg., Samstags 17-18 Uhr
betriebs- und arbeitsratl. Fragen, Freitags 15-19 Uhr juristische Geschäftsstelle.

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 14. Juni 1930

Nummer 136

Schändlicher Verrat der SPD-Führer

Arbeitsgemeinschaft bestätigt!

Gemeinsame Erklärung der ADGB-Führer und Kapitalisten / Lohn- und Unterstützungsraub
„zur Überwindung der Krise“ / Massensturm, Streiks, Wahl der Liste 3 muß die Antwort sein!

Dresden, den 14. Juni.

Die bürgerliche Presse meldet heute morgen:

Die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitervereine veröffentlichen folgenden Bericht über ihre gemeinsamen Besprechungen:

Die Vertreter der Spitzengewerkschaften, des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände haben in den Besprechungen der letzten Wochen, ausgehend von der schweren Krise der Wirtschaft und insbesondere der hohen Zahl der Arbeitslosen, die Fragen der dauernden Sanierung unserer öffentlichen Finanzen, der Selbstkostenminderung der Wirtschaft, der Weiterbildung und der Möglichkeiten der Hebung des Absatzes, damit der Produktion und der Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß, behandelt.

Ungeachtet der selbstverständlichen Verschiedenheit der Standpunkte sind sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß weitere Besprechungen der einzelnen praktischen Fragen zu einer Verständigung über positive Maßnahmen zu nützlichen Ergebnissen für unser Volk führen können. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Das Verbrechen am deutschen Proletariat, die Aufbahrung aller Schreden und Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf die Schultern der ausgebeuteten Massen wird von den Verrätern, den sozialdemokratischen, christlichen und katholischen Gewerkschaftsführern jetzt also selbst bestätigt. Noch am 5. Juni demonstrierte die „Dresdner Volkszeitung“ unsere Behauptungen als „jedenfalls falsche Meldungen“. Noch in einer gestern erschienenen Wahlbeilage der tschechischen SPD-Presse heißt es:

„Arbeitsgemeinschaftsminister ist der Schwindler, den die Kommunisten mit der Weitznerbeziehung solcher aus der rechtsstehenden bürgerlichen Presse aufgestellten Nachrichten treiben.“

Es werden die Gewerkschaftsführer selbst ein Kommuniqué heraus, mit raffinierten Worten die tatsächliche Neuerrichtung der Arbeitsgemeinschaft verleiend, gemeinsam am Verhandlungstisch mit den kapitalistischen Ausbeutern ausgestellt. Was sich hinter den Fiktionen dieser gemeinsamen Verlautbarung zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführern verbirgt, hat der Schicksalspruch von Nordwest gezeigt. Selbst die tschechische SPD-Presse muß angesichts der Tatsache eines nicht mehr zu verschleienden Betrugs schreien:

„Die Kosten der Eisenpreissteigerung werden der Arbeiter, nicht in der Eisenindustrie aufgeladen. Die Schmelzindustrie bringt keine Opfer.“

Aber weil sich aus einer solchen Feststellung nur die Forderung ergeben müßte, daß es jetzt die dringende Pflicht aller sogenannten „Arbeiterorganisationen“ wäre, die arbeitenden Massen in Stadt und Land zum Kampf aufzurufen, mit der Waffe des revolutionären Massenstreiks die kapitalistischen Banditen niederzurufen, schreibt diese selbe SPD-Presse gleich hinter der oben wiedergegebenen Feststellung:

„Das deutsche Volk marciert auf das sogenannte Opfer der Unternehmer. . . . Vor allem darf die Fertigungsindustrie nicht an einen Lohnabbau gehen.“

Wofür Jüchtung weiterer Illusionen, gutmütiger Appell an die kapitalistischen Ausbeuter, statt Organisation des Kampfes. Wahlpropaganda, statt Streik um Arbeit und Brot. Reuer Verrat, statt revolutionäre Klassenfront! Das ist die Antwort der „Linken“ auf das Kapitalverbrechen der Gewerkschaftsbürokratie.

Die Karren sind aufgelastet. Es gibt nichts mehr zu verschleiern. Sanierung der öffentlichen Finanzen, wie es in dem Bericht der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer heißt, bedeutet Kürzung der Hungergehälter für die unteren Beamten, Abbau der sozialen Ausgaben in den Kommunen. „Hebung des Absatzes und damit der Produktion“ bedeutet weitere Rationalisierung, Lohnabbau, erhöhte Antreiberei, Stilllegung von Betrieben, Vergrößerung des Erwerbslosenheeres, genau das Gegenteil von einer Wiedereinstellung der Erwerbslosen in den Arbeitsprozeß. „Behandlung der Krise der Wirtschaft“ bedeutet die Durchführung des Bürgerblutprogramms, weiteren Unterdrückungsraub, Attentat auf die Krankenversicherung, Heuterliche Massenbehaltung.

Das ist der „Ausweg“ aus der Krise, den die SPD-Führer beschreiten, den der Bürgerblut will und zu dessen Unterstützung die tschechischen Arbeitermörder ihre Handwerke treiben. Wollen die arbeitenden Massen, wollen die sozialdemokratischen Arbeiter nicht dem Ausweg mitmachen, sich verlaufen lassen im Namen des kapitalistischen Profits, des sozialdemokratischen Koalitionsvertrats und des tschechischen Terrors?

Nieder mit dem Bürgerblut! Nieder mit der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft! Nieder mit ihren sozialistischen und tschechischen Trabanten!

Die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition rufen euch zum Kampf. Schmiedet die Einheitsfront aller Arbeitenden! Organisiert den Streik! Entlastet Protestkürme in Betrieben und Gewerkschaften!

Am 22. Juni gebt dem Verrätern die Antwort!
Wählt Kommunisten! Wählt Liste 3!

Heute eröffnet in Dresden

Zum Reichskongreß der Arjo

Von Siegfried Käbel

Heute und morgen tagt in Dresden der 1. Reichskongreß der Arjo, der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen. Mit diesem Kongreß wird nicht allein in der inneren Entwicklung der Arjo eine wichtige Etappe erreicht werden, sondern die Aufgaben, denen sich die Arjo auf diesem ihrem ersten Kongreß gegenübersehen, gestalten den Kongreß zu einem wichtigen Faktor in der Organisation der sozialen Kämpfe an jenem Teil der proletarischen Klassenfront, der der Arjo, ihrem Charakter entsprechend, zugewiesen ist.

Die Bedeutung des Kongresses, der nach Dresden einberufen wurde, um besonders deutlich angesichts des bürgerlichen Rumors mit der Hygienenausstellung das Wesen der bürgerlichen Sozialpolitik aufzuzeigen, ist erhöht worden durch den Landtagswahlkampf, der die besten Möglichkeiten bietet, den Kongreß zur Mobilisierung der Arbeitermassen für den Kampf um die sozialen Forderungen des Proletariats auszunutzen.

Es ist eine Zeit der außerordentlichen Verschärfung der Klassengegensätze und der sich hieraus ergebenden Zuspitzung der sozialen Kämpfe, in der der Reichskongreß der Arjo zu den Aufgaben des Kampfes gegen die soziale Reaktion Stellung nimmt. Der Kapitalismus befindet sich in einer Krise, deren ganzes Ausmaß noch nicht abzusehen ist, deren deutlicher Ausdruck aber jetzt schon in einer noch nie dagewesenen Massenarbeitslosigkeit zu finden ist.

18 bis 20 Millionen Menschen sind gegenwärtig in der kapitalistischen Welt arbeitslos und damit zum hoffnungslosen Hungerdasein verurteilt.

In Deutschland liegt die amtlich festgestellte Arbeitslosenziffer in Höhe von 2.637.000 um 1.200.000 höher als im selben Zeit des Vorjahres. Über 800.000 Arbeitslose werden weder aus der Arbeitslosenversicherung noch der Arbeitslosenunterstützung. Heute schon wird offen zugegeben, daß die Arbeitslosenziffer im kommenden Winter die Rekordziffer von 5 Millionen erreichen wird.

Die Ursachen der sich immer weiter entwickelnden Weltwirtschaftskrise liegen in den Widersprüchen des kapitalistischen Systems. Während die Produktivkräfte, wie das die Ergebnisse der kapitalistischen Rationalisierung in Deutschland zeigen, in allen Ländern gewaltig gewachsen sind, verringern sich die Absatzmöglichkeiten. Es gelang wohl, durch stärkere Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der Maschinen ungeheure Leistungssteigerungen zu erzielen, für die so vorhandene Massenproduktion schwinden aber die Absatzmöglichkeiten immer mehr. Infolge von Massenarbeitslosigkeit, Steigerung der Lebenshaltungskosten und Abbau der Löhne ist die Kaufkraft der arbeitenden Massen in den kapitalistischen Ländern derartig herabgedrückt, daß es den Kapitalisten nicht gelingt, auf ihrem inneren Markt die ihnen in den kolonialen und halbkolonialen Gebieten immer stärker in Erscheinung tretenden Absatzmöglichkeiten auszubalancieren.

In Amerika und Kanada lagern 6 Millionen Tonnen Weizen, in Kuba Riesmengen Zucker, Brasilien weiß nicht, wohin mit dem Kaffee, und genau so sieht es aus mit anderen Produktionen wie Textilwaren in England und Japan, Wolle in Australien usw. Alle Maßnahmen der Kapitalisten führen zu immer weiteren Verschlechterungen der Lage der Arbeiterklasse. Das Ergebnis der kapitalistischen Vorkämpfungen, der Reize Herr zu werden, ist Massen hunger bei vollen Scheunen.

Die Wirkungen der kapitalistischen Weltkrise treten in Deutschland besonders stark in Erscheinung. Während die Massen hungern, sind von der Regierung 400.000 Tonnen Getreide aufgekauft und auf Speicher gelegt worden, um den Roggenpreis zu stützen. Ein Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion, diese Massenvorräte an die Erwerbslosen, Sozial-

Unterstützungsraub schon ab 1. Juli!

Der sozialdemokratische Verrat wirkt sich bereits aus

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand die erste Sitzung des Reichskabinetts nach der Pfingstpause statt. Der Gesetzentwurf über die Verschlechterung der Krankenversicherung wurde angenommen. Auch der Gesetzentwurf über das „Notopfer“, das von den Beamten und Reichsbediensteten 4 Prozent ihres Einkommens fordert, wurde endgültig verabschiedet.

Gestern ist auch der Gesetzentwurf über den neuen Unterstützungsraub an den Erwerbslosen dem Reichsrat zugegangen. Die Beitragserhöhung von 3½ auf 4 Prozent soll schon vom 1. Juli ab in Kraft treten. Auch der Abbau der Leistungen soll am 1. Juli beginnen.

Entlassung von 4000 Eisenbahnern Das ist das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“

Berlin, 14. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft hat mit den Eisenbahnergewerkschaften über die Entlassung von 4000 Arbeitern und die Einlegung von Feiertagen verhandelt. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. 1900 Arbeiter sollen sofort entlassen werden, während die übrigen 2100

durch die Einlegung von Feiertagen zunächst weiter beschäftigt werden sollen.

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei der Metallfirma Selas gelang es dem roten Betriebsrat, für die Hilfsarbeiter 4 bis 5 Pf. Lohnsteigerung pro Stunde und für die Facharbeiter eine Lohnsteigerung von 5 Pf. pro Stunde durchzusetzen. In einer Betriebsversammlung, wo die Forderungen der Belegschaft beschlossen wurden, erklärte der DVP-Vertrauensmann dazu, der Betriebsrat habe sich eine Plakette, der Verband werde schon dafür sorgen, daß die Firma beim Verband Berliner Metallindustriellen wegen überstättlicher Bezahlung verklagt werde.

Heute abend spricht Ernst Torgler, M. d. R.

Vorsitzender des Beamtenausschusses des Reichstages, 19.30 Uhr in Adlers Vereinshaus, Dresden-Blasewitz, Tolkewitzer Straße (Nähe der Brücke)

über Anschlag der Bürgerblut-Regierung!